



Interviews

Datum: 13.12.2022 "Informationen am Morgen"

Dirk Müller im Gespräch mit Dietmar Bartsch, Vorsitzender Linksfraktion

Dirk Müller: Einige verstehen das schon fast als eine Drohung des Kanzlers, die da lauten könnte: Wenn nicht mehr Menschen bis zum 67. Lebensjahr arbeiten, bricht unser ganzes System zusammen. Anders herum in die politische Praxis übertragen heißt das: Die Regelung, wonach Beschäftigte bereits mit 63 Adieu sagen, ist kaum noch hinnehmbar, ist kaum noch finanzierbar, vor allem, wenn das diejenigen tun, die bereits 45 Jahre gearbeitet haben und dann ohne Abschlüsse in die Rente gehen können. Die Zahl dieser Gruppe ist weit höher als zunächst gedacht, als zunächst geplant. Von 200.000 Versicherten pro Jahr war damals die Bundesregierung ausgegangen. Inzwischen sind es 270.000 im Jahr, die abschlagsfrei in den Ruhestand gehen. Und immer weniger aktive Beschäftigte müssen immer mehr Rentner und Rentnerinnen finanzieren. Der Kanzler sagt jetzt Stopp damit. Am Telefon ist nun der Fraktionschef der Linken im Bundestag, Dietmar Bartsch. Einen schönen guten Morgen.

Dietmar Bartsch: Guten Morgen! Ich grüße Sie.

Müller: Herr Bartsch, ziehen Sie mit an dieser Reißleine?

Bartsch: Man muss sicherlich darüber nachdenken, wie wir zu mehr Beschäftigung kommen. Aber diese Diskussion kommt meines Erachtens zur Unzeit, weil sie nicht den sozialen Zusammenhalt in Deutschland stärkt. Ich will mal daran erinnern: Wer 45 Jahre eingezahlt hat, das ist eine unfassbar lange Zeit, und wenn Sie auf einer Intensivstation im Schichtsystem arbeiten, im Baugewerbe als Fliesenleger, dann ist wirklich das eine Regelung, die sehr vernünftig ist, die im Übrigen die Sozialdemokratie, Olaf Scholz eingeführt hat. Das war ein rentenpolitisches Vorzeigeprojekt der SPD und nur deshalb ist überhaupt die Rente mit 67 eingeführt worden. Das darf man nicht vergessen.

Müller: 2014 hat er das unterschrieben beziehungsweise politisch mitverantwortet. Aber jetzt hat sich diese Entwicklung in diese Richtung entwickelt, dass es offenbar viel zu viele sind, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen.

Bartsch: Die Möglichkeit ist geschaffen worden, damit man sie in Anspruch nimmt, und wenn, dann muss man vielleicht mal über die Arbeitsbedingungen nachdenken, über altersgerechte Arbeitsplätze. Und ich finde, wir führen auch ein bisschen eine Scheindebatte. Über eine Million Rentner, die über 67 sind, arbeiten inzwischen. 30 Prozent der Rentnerinnen und Rentner arbeiten. Wenn, dann muss es darum gehen, mehr Attraktivität für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Aber vor allen Dingen sind es die Arbeitsbedingungen. Warum gehen die Leute denn mit 63? – Weil sie teilweise wirklich nicht mehr können.

Das ist doch der Punkt. Wir brauchen eine große Rentenreform. Warum sind die Renten zum Beispiel in Österreich um durchschnittlich 800 Euro höher? Die Frage muss man einfach mal beantworten und vielleicht dort hinschauen.

Müller: Weil der Staat mehr Geld dafür ausgibt?

Bartsch: Nein! Nicht nur, weil der Staat mehr Geld dafür ausgibt, sondern weil die Beiträge anders finanziert werden als in Deutschland. Man muss auch die Frage stellen, warum in anderen Ländern das Renteneintrittsalter niedriger ist. Es ist ja nicht so, dass Deutschland das niedrigste Renteneintrittsalter hätte. Das ist ja einfach nicht der Fall. Die Rente erst ab 67 geht an der Realität von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern komplett vorbei. Das ist ein Unterschied. Ich meine, dass Olaf Scholz sagt, er kandidiert noch mal, das ist ja zulässig. Der ist dann über 70 am Ende. Das ist aber ein ganz anderer Job als der auf der Intensivstation.

Müller: Herr Bartsch, lassen wir uns das noch mal ein bisschen sortieren. Die Relation Arbeitnehmer und Beschäftigte. 1960 waren das sechs Arbeitnehmer auf einen Rentner. 1992 ist das schon sehr stark gesunken auf 2,7 auf eins. 2019, das ist die letzte statistische Zahl die zur Verfügung steht, waren es 2,1 Beschäftigte auf einen Rentner. Die Tendenz weiter steigend. Wie soll das gelöst werden?

Bartsch: Erst mal ist das doch eine gute Entwicklung, wenn Menschen älter werden. Die können wir doch alle nur begrüßen und das ist doch sehr vernünftig. Und es ist auch wahr, dass das Rentensystem zu Bismarcks Zeiten ein völlig anderes war. Wir müssen da immer auch die Produktivität, die wir haben, mit einbeziehen. Deswegen sage ich: Ja, die gesetzliche Rente ist in einer problematischen Situation, jedenfalls in der nahen Zukunft. Deswegen müssen wir über Reformen nachdenken. Wir brauchen eine Situation, wo mehr Menschen einzahlen, auch Beamte, auch wir Politiker, Manager und so weiter. Beamte müssen in die Kasse einzahlen. Das ist gerecht.

Müller: Selbständige, die dazukommen sollen?

Bartsch: Auch Selbständige sollten dazukommen und alle müssen dann einzahlen. Das wäre schon mal enorm wichtig. Eine Rentenkasse für alle, das gibt es zum Beispiel in Österreich. Das ist enorm wichtig. Dann müssen die Arbeitgeber entsprechend auch einzahlen. Ich bin dafür, dass wir eine Debatte in Deutschland über eine große Rentenreform führen, aber nicht eine Debatte, dass wir etwa die Rente ab 63 abschaffen. Ich sage es noch mal: 45 Jahre! 45 Jahre, sagen wir mal, als Fliesenleger. Wer dann sagt, nö, der muss noch weitermachen, der hat wirklich diesen Beruf nicht verstanden.

Müller: Das ist auch in der Koalition sehr umstritten. Der Kanzler ist auch gar nicht so weit gegangen zu sagen, wir müssen diese 45er-Regelung verändern. Das steht jedenfalls noch lange nicht fest.

Bartsch: Das wäre ja auch Scholz gegen Scholz. Er hat das ja mal eingeführt. Das ist das Vorzeigeprojekt.

Müller: Haben Sie ja gesagt. Aber die SPD hat auch schon mal Hartz IV eingeführt. Das heißt, sie ist schon bereit, auch zu korrigieren.

Bartsch: Ja, das ist richtig. Gut, dass es Kritiker gibt, die dafür sorgen, dass es auch wieder Veränderungen gibt. Aber bei der Rente ist es doch so: Im letzten Viertel Jahrhundert hat die SPD nahezu immer den Rentenminister oder die Rentenministerin gestellt. Es war Andrea Nahles' Projekt. Und noch mal die Erinnerung: Die Rente mit 67 ist damals nur eingeführt worden oder konnte nur eingeführt werden mit der Hilfe auch der Gewerkschaften, weil es die Rente ab 63 gab, abschlagsfrei, wenn man 45 Jahre gearbeitet hat.

Müller: Reden wir über die nicht abschlagsfreie Rente, nämlich diejenigen, die mit 63 gehen, die Verluste von zwei, drei, vier Jahren durchaus in Kauf nehmen. Auch das ist eine Anzahl, die immer weiter gewachsen ist. Würden Sie da rangehen und sagen, dieses Privileg wie auch immer jetzt definiert, da müssen wir ran, weil das ist auch zu teuer?

Bartsch: Schauen Sie, da haben wir eine kuriose Situation, dass häufig Menschen mit sehr hohen Einkommen das nutzen, während diejenigen, die geringe Einkommen haben, Kindergärtnerinnen, auch wiederum Leute in der Pflege, die gehen gar nicht früher in Rente, weil sie sich das nicht leisten können. Da haben wir eine Schieflage und da gehen wir nicht ran, indem wir an den Schrauben drehen, sondern indem wir wirklich höhere Löhne durchsetzen, mehr Flächentarifverträge. Das ist der Ansatz. Wenn wir höhere Löhne haben, dann ist auch die Attraktivität unter Umständen geringer. Vor allen Dingen aber – ich wiederhole das – müssen wir über die Arbeitsbedingungen nachdenken, dass es altersgerechte Arbeitsplätze gibt, dass wir die Attraktivität erhöhen und dass wir nicht etwa eine Rückabwicklung der Rente ab 63 durchführen.

Müller: 63 nicht abschlagsfrei soll bei Ihnen auch so bleiben wie es ist?

Bartsch: Wissen Sie, es ist ja nicht so, dass Leute, weil sie faul sind, das machen. Viele können nicht mehr. Nach einem arbeitsreichen körperlichen Berufsleben ist das so, dass viele Leute sich da reinretten. Wir müssen mal daran erinnern: 20 Prozent der Menschen sterben bereits vor 69 und ärmere Männer sterben acht Jahre früher als reichere. Das müssen wir einfach mal beachten. Wir, der Politiker und der Journalist, können nicht dort eine Diskussion über die Menschen führen, die wirklich jetzt schon einige Stunden an der Stanze stehen.

Müller: Aber es gibt ja mehr als nur diese Menschen, die körperlich ganz hart arbeiten und nach vielen, vielen Jahren dementsprechend auch ausgebrannt sind.

Bartsch: Dann bitte differenzieren.

Müller: Das versuchen wir beide ja, zumindest ich.

Bartsch: Ich auch!

Müller: Wir haben jetzt nicht mehr viel Zeit, Herr Bartsch. Noch mal eine andere Frage: Höhere Beiträge würden das Problem auch ein bisschen entschärfen. Würden Sie da mitmachen?

Bartsch: Es ist völlig klar, dass wir moderat steigende Beiträge haben werden. Ich glaube, dass das auch normal ist. Das ist auch jetzt schon vorgesehen. Wenn man sich anschaut: Die Beiträge steigen. Da gibt es jetzt eine Grenze. Aber ich finde, dass dort Arbeitgeber und Arbeitnehmer beide paritätisch einzahlen müssen. Man kann vielleicht sogar darüber nachdenken das noch mal anders zu verschieben. Aber ja, lieber moderatere Beitragserhöhungen.

Müller: Dann hat man weniger Geld im Portemonnaie am Ende des Monats.

Bartsch: Schauen Sie sich doch mal ganz konkret an, wieviel das ist. Wenn wir die Beiträge um einige Zehntelprozent erhöhen, dann sind das im Jahr keine 100 Euro, keine 100 Euro. Im Durchschnitt sind es im Übrigen irgendwas über 30 Euro. Das ist die Wahrheit. Und lieber dieses, als dann Altersarmut, wie wir sie jetzt in Deutschland haben. Da müssen wir ansetzen, mal wirklich über Armut nachdenken, weil es gibt die Leute, die überhaupt nicht die Chance haben, mit 63 in Rente zu gehen. Über eine Million Rentner arbeiten über 67. Das ist ja okay, wer das möchte. Vielleicht machen wir beide das ja auch und vielleicht machen das andere auch. Das ist nur gut. Attraktivität dafür erhöhen, das ist der Punkt, aber nicht die Leute zwingen, die gar nicht mehr können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.